59. Jahrgang No. 537

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Mittwoch, 15. November 1911

Erscheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens, Montags nur abends. **Abonnementspreis** für Gr.-Berlin: **20 Pf. wöchentlich** bzw. **85 Pf. monatl.** frei ins Haus, vierteljährl. M. 2.55. Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich 90 Pfennig und vierteljährlich Mark 2.70. **Insertionspreis** für die Zeile 40 Pfennig. Kleine Anzeigen: das Wort 8 Pf., jedes fette Wort 15 Pf. Redaktion und Haupt-Expedition SW., Jerusalemer Strasse 46/49. Tel.: Amt I, Nr. 10131-10148.
Chefredakteur: Karl Vollrath, Berlin W.

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung und
farbig illustriertem Witzblatt ULK

Filialen: Prinzenstr. 41, Kolbusserstr. 1, Wiesenstr. 1-6, Frankfurter Allee 61-62, Gr. Frankfurterstr. 31 und 87, Prenzlauer Allee 54, Schiffbauerdamm 1, Schöneberg: Dorfstr. 27, Hauptstr. 54, Königstr. 56-57, Rosenthalerstr. 45, Rathenowerstr. 3, Potsdamerstr. 86, Leipzigerstr. 1-3, Wilmersdorf: Charlottenburg: Tauentzienstr. 4, Kaiserstr. 34, Schiverinerstr. 30, Frankfurt a. O., Regierungsstr. 5, Friedenau-Steglitz: Rheinstr. 35, Gr.-Lichterfelde-W., Carlstr. 1-2, Halensee-Grunewald: Hauptstr. 14, Lichtenberg: Frankfurter Chaussee 129, Pankow: Berliner Str. 1, Potsdam: Brandenburgerstr. 28, Rixdorf: Berlinerstr. 41, Schöneberg: Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 8, Spandau: Breitestr. 47, Tegel: Berlinerstr. 90, Weissensee: Berliner Allee 28, Wilmersdorf: Uhlandstr. 66-99.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Ein Programmvergleich.

Die Programme unserer politischen Parteien sind meist recht wenig bekannt. Und doch ist ihr Inhalt wichtig für den, der eine feste Stellung im politischen Leben einnehmen will besonders auch für den, der als Neuling in die politische Arena eintritt. Unsere Durchschnittswähler haben nun freilich weder Zeit noch Gelegenheit, die Programme der einzelnen Parteien so eingehend zu studieren, daß sie mit Klarheit die Uebereinstimmungen oder Gegensätze herausfinden könnten. Aus dieser Erfahrung ist eine Broschüre entstanden, die Fr. Baumann unter dem Titel: „Die Programme der Reichstagsparteien" (bei E. Baensch jun., Magdeburg) soeben veröffentlicht hat. Nach 22 Stichworten sind hier die Programme nicht nur der größeren Parteien, der Konservativen, Reichspartei, Nationalliberalen, Fortschrittlichen Volkspartei, des Zentrums und der Sozialdemokraten, sondern auch der kleineren Gruppen (Christlich- und Deutschsozial, Reformpartei, Bund der Landwirte, Mittelstandsvereinigung und Demokratische Vereinigung) zusammengestellt. Ein Anhang bringt dazu die „Richtlinien des Hansabundes" und das Programm des „Deutschen Bauernbundes".

Die Darstellung geschieht ohne kritische Verarbeitung. Dadurch wird das Heft für alle in gleicher Weise verwertbar. Die einander übersichtlich gegenübergestellten Programmsätze enthalten auch für den erfahrenen Politiker noch manche interessante Einzelheiten. So wird es weiten Kreisen gewiß ganz neu sein, zu erfahren, daß der Bund der Landwirte „eine einseitige, ungerechte Bevorzugung des Großkapitals überhaupt" bekämpft, nur daß er damit in seinen eigenen Reihen noch immer keinen Anfang gemacht hat. Er fordert ferner „gesetzliche Maßnahmen zum Schutze der reellen Produktion gegen Verfälschungen und gegen die unlautere Konkurrenz der Surrogatindustrie auf allen Gebieten". Zugleich verlangt er aber auch von den mit seiner Hilfe gewählten Abgeordneten, „daß sie jeden Handelsvertrag ablehnen, der eine Ermäßigung der Agrarzölle gegenüber den jetzt abgeschlossenen Tarifverträgen oder sonstige Erleichterungen und Begünstigungen der Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte enthält," daß sie sogar „eintreten für einen wirksamen Zoll auf Milch und Rahm". Auf der einen Seite verlangt also dieser Bund edler Menschenfreunde die Verteuerung aller Lebensmittel, auf der anderen die gesetzliche Schikanierung der dadurch notwendig werdenden Surrogatindustrie. Das Zentrum läßt seine drei kurzen programmatischen Sätze von 1871 mit der Einschränkung gelten, „ohne daß übrigens den einzelnen Mitgliedern der Fraktionen verwehrt wäre, im Reichstage ihre Stimme abweichend davon abzugeben!"

Die beigegebenen Richtlinien des Hansabundes ermöglichen eine Feststellung, wieweit sich diese Abwehrvereinigung den einzelnen politischen Parteien nähert, und das Programm des deutschen Bauernbundes führt von selbst zu einem Vergleich mit dem vom Bunde der Landwirte und der Konservativen. Diese fordern zum Beispiel für die Verwaltung: „Wir wollen in Provinz, Kreis und Gemeinde eine Selbstverwaltung erhalten, gegründet nicht auf das allgemeine Wahlrecht, sondern auf die natürlichen Gruppen und die organische Gliederung des Volkes." Was diese Partei unter den „natürlichen Gruppen" und der „organischen Gliederung" des Volkes versteht, erläutert der Deutsche Bauernbund vortrefflich mit seiner programmatischen Forderung: „Gründliche Reformierung der Kreisordnungen usw., besonders in den östlichen Provinzen, dahingehend, daß auch dem Bauernstande und dem Mittelstande eine angemessene Vertretung in den Kreistagen, Provinziallandtagen, Landwirtschaftskammern usw. gewährt wird. Wahrnehmung der Verkehrsinteressen bei Anlage neuer Eisenbahnen, Kleinbahnen, Landstraßen, Kanälen usw., damit derartige Anlagen nicht zugunsten Einzelner gemacht werden."

Der Bund der Landwirte hat für den Arbeiterstand, auch für den ländlichen, kein Wort in seinem Programm übrig, während der Bauernbund fordert: „Verbesserung der Arbeiterverhältnisse auf dem Lande durch Schaffung und Vermehrung eines Grund besitzenden Arbeiterstandes. Die Landwirtschaft wird erst dann zu gesunden Arbeiterverhältnissen kommen, wenn dem fleißigen und sparsamen Arbeiter Entwickelungsmöglichkeiten geboten werden." Der Bund der Landwirte weiß auch nichts von ländlichen Schul- und Bildungsfragen, mit denen sich der Bauernbund in den Worten beschäftigt: „Förderung der Bildung nach jeder Richtung hin, damit auch die Kinder der deutschen Bauern gerüstet dastehen im Kampf um das Dasein. Zu diesem Zwecke wird gefordert: Einrichtung von Fortbildungskursen und -schulen, von besseren Fachschulen, Haushaltungsschulen und dergleichen unter Zuhilfenahme staatlicher Mittel. Besonders ist dafür zu sorgen, daß das Verständnis für politische und staatliche Einrichtungen nach Möglichkeit gefördert wird."

So reizt die Schrift (Preis 75 Pfennig) auf jeder Seite zu Vergleichen an, und sie ist geeignet, zur Klärung im gegenwärtigen Wahlkampf wesentlich beizutragen.

Auslandspäße für Artistinnen. Jugendliche weibliche Personen, die als Variété-Sängerinnen, -Tänzerinnen usw. ins Ausland gehen, sind häufig großen sittlichen Gefahren ausgesetzt. Es erscheint daher angezeigt, bei der Paßerteilung an solche minderjährige Mädchen besonders vorsichtig zu sein. Laut einer Verfügung des Ministers des Innern wird die Ausstellung eines Passes stets zu versagen sein, wenn die Genehmigung des gesetzlichen Vertreters zu der Reise nicht nachgewiesen ist. Aber auch wenn diese Genehmigung, die häufig ohne nähere Prüfung gegeben zu werden pflegt, vorliegt, soll die Polizeibehörde vor Erteilung des Passes die Sachlage eingehend prüfen und, wenn besondere Bedenken in sittlicher Hinsicht vorliegen, den gesetzlichen Vertreter auf diese aufmerksam machen, um gegebenenfalls die Abreise des Mädchens unter Anrufung des Vormundschaftsgerichts zu verhindern. Sie soll sich hierbei mit der Zentralpolizeistelle zur Bekämpfung des internationalen Mädchenhandels am Berliner Polizeipräsidium zur Aufklärung über die Personen, durch welche oder für welche die Mädchen angeworben sind, in Verbindung setzen.

Kurze Chronik.

* Die Neuwahlen zum bayerischen Landtage sollen Ende Januar stattfinden.

Der Führer der christlich-sozialen Partei in Oesterreich Dr. Ebenhoch hat aus Gesundheitsrücksichten sein Reichsratsmandat niedergelegt.

Die belgische Kammer und der Senat sind gestern wieder zusammengetreten. Der Ministerpräsident stellte für heute eine Erklärung der Regierung in Aussicht.

* Der deutschnationale österreichische Abgeordnete Malik, der einen anderen Abgeordneten mit der Hundepeitsche geschlagen hatte, hat im Abgeordnetenhause wegen seines Verhaltens öffentlich Abbitte geleistet.

* Näheres im Text des Blattes.

„Kleine Aktien" und Eisenbahnerinterpellation.

Der vor eineinhalb Jahren „unter den Fußtritten eines Hammelsprunges verendete" — wie sich gestern der Sozialdemokrat Geck ausdrückte — Gesetzentwurf über die Ausgabe kleiner Aktien in Kiautschou ist von der Regierung wieder eingebracht worden. Er beschäftigte gestern den Reichstag abermals und erlebte diesmal ein besseres Schicksal; er gelangte in die Budgetkommission, da seit der ersten Ablehnung — inzwischen ist der Staatssekretär Dernburg gegangen — das damals dem Entwurf feindliche Zentrum anderen Sinnes geworden ist und auch Herr Dr. Arendt aus einem Saulus zu einem Paulus sich wandelte. Herr v. Kiderlen-Waechter, der gestern den Entwurf zu vertreten hatte, betonte, daß ohne Kleinaktien das chinesische Kapital in Ostasien nicht zu deutschen Unternehmungen herangezogen werden könne; solche Aktien sollen aber nur in Ostasien ausgegeben werden. Außer dem Zentrum und der Reichspartei traten auch die Parteien, die schon früher dafür gestimmt hatten, die Nationalliberalen und die Volkspartei, für die Vorlage ein. Bekämpft wurde sie noch von einem Teil der Konservativen, die von den „bewährten Grundsätzen des wirtschaftlichen Lebens" nicht lassen wollen, und von den Sozialdemokraten — aus allgemeinen antikapitalistischen Gründen; dem Zentrum warf der sozialdemokratische Redner Geck vor, es lebe jetzt im Konkubinat mit dem Kapitalismus, nachdem es das Konkubinat mit der Sozialdemokratie, das in der Kirche eingesegnet worden sei, abgebrochen habe.

Der Rest der gestrigen Sitzung wurde noch durch die Weiterbesprechung der sozialdemokratischen Eisenbahnerinterpellation ausgefüllt. Der Abgeordnete Böhle (Soz.) bezeichnete das Vorgehen der Eisenbahnbehörde in den Reichslanden als einen unerhörten Eingriff in das Privatleben der Arbeiter. Der preußische Eisenbahnminister v. Breitenbach verwies auf all die Vorteile, die seiner Meinung nach die Staatsarbeiter genießen, und betonte die aus Frankreich drohende Streikgefahr. Herr Spahn, der Jüngere, versuchte, der Sozialdemokratie an die Gurgel zu springen und schimpfte heftig auf den reichsländischen Großblock. Die Gelegenheit, ihm zu antworten, wurde der Sozialdemokratie durch die Vertagung des Hauses abgeschnitten, und da heute das Schiffahrtsabgabengesetz auf der Tagesordnung steht, wird die Besprechung der Interpellation als abgebrochen zu betrachten sein.

Die Marokkoverträge.

(Telegraphische Berichte.)

Stuttgart, 14. November.

Zu der Erklärung des bayerischen Ministerpräsidenten in der Sitzung der Abgeordnetenkammer vom 11. d. M. über die Marokkoabkommen teilt der heutige Staatsanzeiger für Württemberg mit, daß sich diese Erklärung durchaus mit dem Standpunkte decke, den die württembergische Regierung in der Marokkoangelegenheit einnehme.

Das Marokkoabkommen und das englische Unterhaus.

London, 14. November.

Im Unterhause stellte der Abgeordnete Douglas Hall (Unionist) die Anfrage, ob die deutschen Staatsangehörigen nach dem französisch-deutschen Abkommen in Marokko Vorteile haben werden, deren sich die britischen Staatsangehörigen nicht erfreuen würden. Sir Edward Grey erwiderte, wie wir hören, werden die britischen Staatsangehörigen auch fernerhin in Marokko dieselben wirtschaftlichen Vorteile haben wie diejenigen anderer Nationen einschließlich Deutschlands.

Paris, 14. November.

Minister de Selves erklärte heute vor dem Kammerausschuß der auswärtigen Angelegenheiten, daß die auf Spanisch-Guinea und das Desinteressement Deutschlands in den französisch-spanischen Verhandlungen bezüglichen Klauseln beständen, wenngleich sie nicht veröffentlicht seien. Sie seien in die erklärenden Briefe infolge eines Uebereinkommens der deutschen und französischen Staatskanzleien nicht aufgenommen worden.

Auf Befragen über den gegenwärtigen Stand der französisch-spanischen Angelegenheit erklärte er nicht antworten zu können, da er bis zum Schlusse der Verhandlung zum Schweigen verpflichtet sei. Darüber befragt, ob es nicht ratsam sei, die Entscheidung des Ausschusses über das deutsch-französische Abkommen hinauszuschieben, bis alle Mächte ihre Zustimmung erteilt haben würden, antwortete der Minister, daß die noch fehlenden Zustimmungen bald gegeben werden würden, er bat den Ausschuß schließlich noch dringend, die ihm vorliegende Aufgabe so bald als möglich zu erledigen.

Eine Teuerungsdebatte im österreichischen Abgeordnetenhause.

Die Einfuhr argentinischen Fleisches.

(Telegraphische Berichte.)

Wien, 14. November.

Das Abgeordnetenhaus verhandelte sodann über die Anträge des Teuerungsausschusses, insbesondere über die Anträge Jerzabek und Renner, die die unbeschränkte Einfuhr überseeischen Fleisches unabhängig von Ungarn betreffen. Der Ministerpräsident Graf Stuergkh erklärte, die Regierung träte dem Programm der früheren Regierung, das sich die Hebung der Produktion und die Erleichterung des Verkehrs zwischen Produzenten und Konsumenten zur Aufgabe machte, bei und werde die in dieser Richtung begangene Arbeit eifrigst fortsetzen. Sie befasse sich mit der Frage einer Reform der Verzehrungssteuern sowie mit der Frage durch erhöhte staatliche Investitionstätigkeit die Arbeitsmöglichkeit und hierdurch die Leistungsfähigkeit der Bevölkerung zu heben. Was die

Einfuhr argentinischen Fleisches

anbelange, so stehe die Regierung wie ihre Vorgängerin auf dem Rechtsstandpunkt, daß, soweit es sich um die Einfuhr aus veterinärpolizeilich bedenklichen Ländern handele, ein einseitiges Vorgehen eines Teiles der Monarchie ausgeschlossen sei. Dies bedeute keine Abhängigkeit von Ungarn, sondern vollständige Parität und Gleichberechtigung. Die behufs der Zulassung der Einfuhr argentinischen Fleisches mit Ungarn eingeleiteten und derzeit unterbrochenen Verhandlungen würden wieder aufgenommen werden. Der Ministerpräsident hegt die Erwartung, daß die loyale Haltung der österreichischen Regierung von seiten Ungarns mit möglichstem Entgegenkommen in sachlicher Hinsicht beantwortet werden würde. Er werde darin eine wertvolle Errungenschaft erblicken im Sinne eines günstigen Vorzeichens für die Stimmung, mit der beide Staaten an die Vorbereitung der künftig erforderlichen neuen wirtschaftlichen Vereinbarungen herantreten werden. Er könnte in eine grundsätzliche Aenderung der bisherigen Rechtsauffassung nicht eintreten und sei daher außerstande, etwa darauf abzielenden Beschlüssen Folge zu leisten. Er bitte, die Anträge Renner und Jerzabek, soweit sie der Rechtsanschauung der Regierung widersprächen, abzulehnen. Die Rede des Ministerpräsidenten wurde in ihrem letzten Teile wiederholt von den Sozialdemokraten und einzelnen Wiener Abgeordneten durch Zwischenrufe unterbrochen und am Schlusse von anhaltenden lärmenden Protesten dieser Abgeordneten begleitet.

Die österreichische Steuerreform.

Der Finanzminister brachte darauf mehrere Gesetzentwürfe ein, die die Abänderung der Bier- und Branntweinsteuer, die Herabsetzung der Realsteuern, die Einführung der Schaumweinsteuer und Automobilsteuer sowie Gebühren von unentgeltlichen Vermögensübertragungen betreffen. Die Vorlagen über die Branntwein- und die Biersteuer sind dazu bestimmt, in erster Linie die für die Sanierung der Landesfinanzen erforderlichen Mehreinnahmen zu beschaffen. Der größte Teil der Mehreinnahmen soll demnach an die Kronländer überwiesen werden; im Ganzen sollen den Kronländern rund 126 Millionen Kronen überwiesen werden. Der aus der Reform der Erbgebühren zu erwartende Nettomehrertrag wird auf rund zehn Millionen und der Ertrag der Schaumweinsteuer auf etwa 1 650 000 Kronen geschätzt.

Herr Malik leistet Abbitte.

Wien, 14. November.

Am Beginn der Sitzung gab der Präsident Sylvester der allgemeinen Entrüstung über die beklagenswerten Vorfälle in der letzten Sitzung Ausdruck, forderte die Abgeordneten auf, im Interesse des Parlaments strenge Selbstzucht zu üben, und schloß mit einem Appell zu fruchtbringender Arbeit. Abgeordneter Malik, der in dieser Sitzung den Abgeordneten Hummer mit einer Hundepeitsche geschlagen hatte, sprach sein Bedauern über seine, die Würde des Parlaments tief verletzende Handlung aus, und bat das Haus, dieses Bedauern zur Kenntnis zu nehmen.

Wien, 14. November.

Nach der heutigen Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses hielt der Teuerungsausschuß eine Sitzung ab. Der Abgeordnete Erb beantragte als Berichterstatter, der Ausschuß möge über den Schlußpassus der heutigen Rede des Ministerpräsidenten sein Bedauern aussprechen. Der deutschnationale Abgeordnete Glöckner beantragte, die Mitglieder des Ausschusses sollten wegen der schroffen Abweisung der Anträge des Ausschusses durch die Regierung ihre Ausschußmandate niederlegen. Finanzminister Meyer bat, die Beschlußfassung über diese Anträge zu verschieben, bis dem Ministerpräsidenten Gelegenheit gegeben worden sei, sich darüber aus-